

## **Begründung**

### **zur Satzung nach § 35 Abs. 6 BauGB der Gemeinde Schlichting**

Die Gemeinde Schlichting beabsichtigt, für den in der Planzeichnung festgesetzten Geltungsbereich eine Satzung nach § 35 Abs. 6 BauGB aufzustellen.

## **Vorbemerkungen**

Die Gemeinde Schlichting verfügt derzeit nicht über eine Innenbereichssituation nach § 34 BauGB. Eine Siedlungskonzentration im Sinne eines im Zusammenhang bebauten Ortsteiles bildet lediglich das Baugebiet des Bebauungsplanes Nr. 1 der Gemeinde Schlichting, der 1995 in Kraft getreten ist.

Nach § 35 Abs. 6 BauGB kann die Gemeinde für bebaute Bereiche im Außenbereich, die nicht überwiegend landwirtschaftlich geprägt sind und in denen eine Wohnbebauung von einigem Gewicht vorhanden ist, durch Satzung bestimmen, daß bestimmte Belange (Darstellung im Flächennutzungsplan, Entstehung oder Verfestigung einer Splittersiedlung) Wohnbauhaben entsprechend § 35 Abs. 2 BauGB nicht entgegengehalten werden können. Außerdem kann die Satzung auch auf Vorhaben erstreckt werden, die kleineren Handwerks- und Gewerbebetrieben dienen.

## **Ausführungen zum Satzungsgebiet**

Das Satzungsgebiet liegt an der Gemeindestraße 71, die Schlichting mit den Gemeinden St. Annen im Norden und Kleve im Südosten verbindet, im Bereich der geographischen Mitte der Gemeinde ca. 150 m nördlich der Landesstraße 302 (L 302), die im Westen an die Bundesstraße 5 (B 5) anbindet.

Eine unmittelbar südlich an den Plangeltungsbereich grenzende ebenfalls unbebaute Fläche wird von der Satzung nicht erfaßt, weil derzeit für den Bereich keine erkennbaren Absichten für eine bauliche Nutzung vorliegen und die Gemeinde mit ihrem Kontingent an Baugrundstücken (entsprechend landesplanerischer Vorgabe) haushalten will.

Die Bebauung in Schlichting vollzieht sich entlang der Gemeindestraße 71, schwerpunktmäßig von der L 302 bis etwa 900 m nördlich bis zum Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 1.

Im Norden des Umgebungsbereiches der Satzung sowie im Nordwesten bis Südwesten ist eine Wohnbebauung von einigem Gewicht vorhanden. Ehemalige landwirtschaftliche Hofstellen werden heute bereits als Wohnungen genutzt.

Südwestlich des Plangeltungsbereiches der Satzung sind zwei landwirtschaftliche Betriebe mit Rinderhaltung ansässig. Ein Betrieb betreibt auch eingeschränkt Schweinehaltung (15 Sauen). Der Immissionsabstand zur Südgrenze des Satzungsgebietes beträgt ca. 150 m und wird von der Gemeinde als ausreichend betrachtet, da es sich hier um den halben Richtlinienabstand handelt, der nach VDI-Richtlinien 3471 - Schweine - im Außenbereich maßgebend ist, um entsprechend dem Gebot der gegenseitigen Rücksichtnahme im Außenbereich der Konfliktsituation Wohnen und landwirtschaftlicher Betrieb Rechnung zu tragen. Diese Aussage gilt für die Rinderhaltung um so mehr, da eine VDI-Richtlinie für die Geruchsimmissionen durch Rinderhaltung nicht vorliegt und die Geruchsbelästigungen verursacht durch Emissionen aufgrund der landwirtschaftlichen Rinderhaltung sowohl quantitativ als auch qualitativ geringer einzustufen sind als durch die Schweine- bzw. Hühnerhaltung hervorgerufenen Geruchsemissionen.

Im Bereich der Satzung werden ausschließlich Einzelhäuser in offener Bauweise zugelassen, die dem Wohnen oder kleineren Handwerks- und Gewerbebetrieben dienen. Die Traufhöhe (Schnittpunkt der Außenwand mit der Dachfläche) ist auf max. 3 m über dem angrenzenden Straßenniveau festgesetzt, die Firsthöhe ist mit max. 10 m festgesetzt. In den Einzelhäusern sind max. 2 Wohneinheiten zulässig. Die Erschließung der Baugrundstücke ist durch die Lage an der Gemeindestraße 71 gesichert. Eine weitere die Gemeindestraße 71 begleitende Bebauung ist für die Gemeinde Schlichting städtebaulich vertretbar.

Da durch die Aufstellung der Satzung der Status des Außenbereiches für das Satzungsgebiet unberührt bleibt, sondern lediglich eine Erweiterung der Baurechte nach § 35 Abs. 2 bewirkt wird, unterliegen die einzelnen Vorhaben der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung nach § 8 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG). Eine gesonderte Untersuchung der naturschutzrechtlichen Belange im Rahmen der Aufstellung der Satzung ist daher entbehrlich.

Mit Rücksicht auf die vorhandene Dorfstruktur relativ großer Baugrundstücke sollen im Plangeltungsbereich nicht mehr als 3 Baugrundstücke entstehen. 2 Dieser Baugrundstücke wollen die Eigentümer für eigene bauliche Zwecke nutzen, eines beabsichtigt die Gemeinde zu erwerben, um auch andere Bauwillige aus der Gemeinde berücksichtigen zu können.

Schlichting, den 14. 12. 1999



Gemeinde Schlichting  
- Der Bürgermeister -

*Rau*

# Beglaubigter Auszug

aus dem Informationsdienst für das Amt Kirchspielslandgemeinde Hennstedt

Nr.: 14 / 19 2000 vom 07.04. 19 2000

## Gemeinde Schlichting

### Bekanntmachung

der Genehmigung einer Satzung nach § 35 Absatz 6 des BauGB (Außenbereichssatzung) der Gemeinde Schlichting für das Gebiet „ca. 170 m nördlich der Landstraße 302 (L302) und östlich der Gemeindestraße 71 (G71)“

Der Landrat des Kreises Dithmarschen hat mit Bescheid vom 15.03.2000, Az.: 411.622.23/102 die von der Gemeindevertretung Schlichting in der Sitzung am 15.11.1999 beschlossene Außenbereichssatzung nach § 35 Absatz 6 des BauGB für das Gebiet „ca. 170 m nördlich der Landstraße 302 (L302) und östlich der Gemeindestraße 71 (G71)“, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), genehmigt. Die Erteilung der Genehmigung wird hiermit bekannt gemacht. Die Satzung tritt mit Beginn des 8. April 2000 in Kraft. Alle Interessierte können die genehmigte Satzung und die Begründung von diesem Tage an in der Amtsverwaltung Hennstedt, in Hennstedt, Kirchspielsschreiber-Schmidt-Straße 1, Zimmer 10, während der Sprechstunden einsehen und über den Inhalt Auskunft erhalten.

Eine Verletzung der in § 214 Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften ist unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist. Mängel der Abwägung sind unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb von sieben Jahren seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden sind. Dabei ist der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, darzulegen (§ 215 Absatz 1 BauGB). Auf die Vorschriften des § 44 Absatz 3 Satz 1 und 2 sowie Absatz 4 BauGB über die fristgemäße Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche für Eingriffe durch diese Satzung in eine bisher zulässige Nutzung und über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen wird hingewiesen. Unbeachtlich ist ferner eine Verletzung der in § 4 Absatz 3 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein bezeichneten landesrechtlichen Formvorschriften über die Ausfertigung und Bekanntmachung der Satzung sowie eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung der Satzung gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung der verletzten Vorschrift und der Tatsache, die die Verletzung ergibt, geltend gemacht worden ist.

Hennstedt, den 29.03.2000

Amt Kirchspielslandgemeinde Hennstedt  
Der Amtsvorsteher

J. V. Schallhorn



Der vorstehende Auszug aus dem Informationsdienst für das Amt Kirchspielslandgemeinde Hennstedt, dem amtlichen Bekanntmachungsblatt für das Amt und die amtsangehörigen Gemeinden, wird hiermit beglaubigt.

Hennstedt, 11.04. 19 2000

Der Amtsvorsteher  
i. A.:

*[Handwritten signature]*





H. Macßen  
Amt KLG Eider  
AS: Tellingstedt  
17. Juni 2013

**Beglaubigter Auszug**  
**aus der Niederschrift über die Sitzung**  
**der Gemeindevertretung Schlichting am 21.05.2013**

**TOP 8. Eingaben und Anfragen**

Herr Garbers spricht an, dass für das Schützenfest in Schlichting in diesem Jahr neue Sicherheitsmaßnahmen einzuhalten sind. Hierzu zählt, dass nur noch in einen schusssicheren Kasten hineingeschossen werden darf. Dieser wird momentan noch in St. Annen gebaut. Es wird beabsichtigt, den Kasten aus St. Annen für die Veranstaltung in Schlichting zu mieten. Um den Schießkasten nutzen zu können, muss der bisherige Betonpfeiler durch einen Stahlträger ausgetauscht werden. Die Gemeindevertretung ist sich einig, dass die Kosten für die Umrüstung von der Gemeinde getragen werden sollen.

Herr Hauke Schlüter verlässt die Sitzung um 21.15 Uhr.

Es wird angesprochen, dass die Verkehrssituation an der Schleuse schlecht ist. Durch einen Anwohner, der sein Auto und einen Anhänger an der Straße parkt, wird die Einfahrt in den Wirtschaftsweg mit landwirtschaftlichen Gefährten behindert. Die Gemeindevertretung wird sich die Situation bei einem Ortstermin ansehen und gegebenenfalls mit dem Anwohner sprechen.

Weiter wird die Auftragsliste der Gemeinde besprochen.

In der letzten Einwohnerversammlung wurde ein Protokoll der Gemeindevertretung aus dem Jahr 2001 von einem Bürger zur Sprache gebracht.

Dort ging es darum, dass Baumöglichkeiten mit Hilfe von Rundungssatzungen erschaffen werden könnten. Das Thema wird nun ausführlich in der Gemeindevertretung diskutiert. Die Gemeindevertretung ist sich einig, die neuen Kenntnisse mit dem Bauamt zu besprechen und anzufragen, ob der Rechtsstand aus 2001 noch besteht.

**Für die Richtigkeit der auszugsweisen Abschrift**

**Hennstedt, den 22.05.2013**

**Amt KLG Eider**  
**Der Amtsvorsteher**  
**I.A.**



*Wen hofe*

*Haur,  
bist du doch von Anfang  
an mit "im Boot" oder  
Ramen*